

Niederschrift

RAT/IX/36

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 01.03.2018 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend sind:

Der Bürgermeister

Gottheil, Christoph Bürgermeister

Die Ratsmitglieder

Böwing, Anna-Lena
Branse, Martin
Deitert, Frederik
Eilmann, Dirk
Eimers, Alfred
Espelkott, Tobias
Fedder, Ralf
Fehmer, Alexandra
Fleige-Völker, Josefa
Förster, Richard
Gövert, Hermann-Josef
Hemker, Leo
Kreutzfeldt, Brigitte
Kreutzfeldt, Klaus-Peter Fraktionsvorsitzender SPD
Lembeck, Guido
Lethmate, Frederik Maximilian
Mensing, Hartwig Fraktionsvorsitzender WIR
Rahsing, Ewald
Schubert, Franz
Schulze Baek, Franz-Josef
Söller, Hubertus
Steindorf, Ralf Fraktionsvorsitzender CDU
Tendahl, Ludgerus
Weber, Winfried Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen
Wigger, Bernhard

Von der Verwaltung

Roters, Dorothea Allgemeine Vertreterin
Nürnberg, Anna Kämmerin
Brodkorb, Anne Fachbereichsleiterin
Kortüm, Herbert Stabsstelle
Thies, Christa Gleichstellungsbeauftragte
Heitz, Marco Schriftführer

Es fehlen entschuldigt:

Die Ratsmitglieder

Reints, Hermann

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:00 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Gottheil begrüßt die Ratsmitglieder, die erschienenen Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie Frau Reher von der Allgemeinen Zeitung.

Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 20. Februar 2018 form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (1. Teil)

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

2 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO

2.1 Sachstand vakante Stelle eines Gemeindearchivars - Herr Deitert

Ratsmitglied Deitert möchte wissen, wie der Sachstand zur Nachbesetzung der vakanten Stelle des Gemeindearchivars sei.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass dazu verschiedene Gespräche u.a. mit dem Heimatverein im OT Osterwick geführt worden seien, da die Führung des Gemeindearchivs eine pflichtige Aufgabe der Gemeinde darstelle. Es seien Überlegungen angestellt worden, diesbezüglich eine eventuellen Kooperation mit umliegenden Kommunen einzugehen, so Bürgermeister Gottheil und ergänzt, dass in diesem Zusammenhang personaltechnische und räumliche Fragen noch zu klären seien.

2.2 Vandalismus am Backhaus im OT Holtwick - Herr Deitert

Ratsmitglied Deitert weist darauf hin, dass das Backhaus im OT Holtwick durch Sprayer verunstaltet worden sei. Er möchte wissen, welche Maßnahmen gegen Vandalismus durch die Gemeindeverwaltung unternommen werden.

Auch Bürgermeister Gottheil zeigt sich erschüttert über diesen Vandalismus und ergänzt, dass es schwierig sei, etwas gegen Vandalismus zu tun. Er könne sich vorstellen, dass Überwachungskameras am Backhaus und vergleichbar gefährdeten Orten angebracht werden könnten, gibt aber zu bedenken, dass der Datenschutz gewahrt werden müsse und vor dem Hintergrund bestehender Restriktionen für die Datenerfassung/-speicherung immer ein Restrisiko bleibe. Er vertritt die Meinung, dass eine Anzeige gegen unbekannt schwierig sei und diese auch wohl kaum Erfolgchancen auf Ermittlung der Täter haben werde.

2.3 Sachstand Kostenübernahmeerklärung der Stiftung zu den Heiligen Fabian und Sebastian - Herr Branse

Ratsmitglied Branse möchte wissen, ob mittlerweile die Kostenübernahmeerklärung der Stiftung zu den Heiligen Fabian und Sebastian vorliege.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass die Kosten der Verlegung durch die Stiftung getragen würden und der Vertrag vorliege. Die grundsätzliche Übereinkunft sei erzielt worden. Da die Kosten für die Umlegung des Lengers Kämpchen noch überarbeitet werden müssten, sei eine weitere Rücksprache erforderlich, um sicherzustellen, dass die Kosten vorbehaltlos (also ohne Betragsbegrenzung) durch die Stiftung übernommen werden, so Bürgermeister Gottheil. Er ergänzt, dass nach Erledigung dieser Formalien eine Veröffentlichung im Amtsblatt der Gemeinde Rosendahl erfolgen werde.

2.4 Behandlung von TOP's im nö.T. der Sitzung - Herr Branse

Ratsmitglied Branse führt an, dass im nicht öffentlichen Teil dieser Sitzung eine Beratung über den Beitritt zu einer interkommunalen Zusammenarbeit „Hochwasserschutz“ erfolgen solle. Er rege an, diesen TOP im öffentlichen Teil zu behandeln, um im Rahmen der Haushaltsberatung zum Haushalt 2018 die Summe zu fixieren.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass aufgrund der Rücksichtnahme auf die anderen Kommunen dieser Tagesordnungspunkt im nicht öffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden solle, da eine inhaltliche Vorberatung in den Ausschüssen erfolgt sei. Die haushaltsmäßigen Auswirkungen würden dagegen selbstverständlich im öffentlichen Teil behandelt.

3 Bericht aus anderen Gremien

3.1 Tagung der Arbeitsgemeinschaft des StGB NRW für den Regierungsbezirk Münster in Borken (Westf.) - Herr Mensing

Ratsmitglied Mensing teilt mit, dass Ratsmitglied K.-P. Kreuzfeldt und er am 28. Februar 2018 an der Tagung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW für den Regierungsbezirk Münster in Borken (Westf.) teilgenommen haben, welche den Themenschwerpunkt „Bericht aus Düsseldorf – Neues von der Landesregierung“ gehabt habe.

Neben Vorträgen von Hauptgeschäftsführer Dr. Schneider, dem Beigeordneten Graaff und dem Direktor des Instituts Feuerwehr NRW, Herrn Penkert, sei auch über das aktuelle Urteil zu dem Dieserverbot gesprochen worden, so Herr Mensing. Er ergänzt, dass das in Artikel 71 der Landesverfassung enthaltene Konnexitätsprinzip (also „Wer bestellt, der bezahlt auch“) in Bezug auf den Umgang mit Flüchtlingen präzisiert und verschärft worden sei. Die Erstellung eines neuen Landesentwicklungsplans solle ca. 2 Jahre dauern, so Herr Mensing und bei dem Flächennutzungsplan für Windenergieanlagen sollen Festlegungen teilweise geändert oder aufgehoben werden, ergänzt Herr Mensing. Auch sei mitgeteilt worden, dass es angedacht sei, die neue Landesbauordnung vor der Sommerpause zu verabschieden, damit zum 01.01.2019 ein Inkrafttreten erfolgen könne. Daraus resultiere, dass den Gemeinden ein Zeitraum von einem halben Jahr bleibe, um sich auf die Änderungen einzustellen und deshalb solle ein Inkrafttreten eventuell erst zum 01. Juli 2019 erfolgen, um den Bauaufsichtsbehörden ausreichend Zeit einzuräumen, sich auf die Änderungen einzustellen, so Herr Mensing. Auch solle eine Förderung des Feuerwehrehrenamtes erfolgen, um das Ehrenamt attraktiver werden zu lassen, führt Herr Mensing aus.

3.2 Austauschgespräch am 21. Februar 2018 mit Ministerin Scharrenbach in der Bezirksregierung Münster - Bürgermeister Gottheil

Bürgermeister Gottheil berichtet, dass er neben weiteren Bürgermeistern, Oberbürgermeistern und Landräten am 21. Februar 2018 an einem Austauschgespräch in der Bezirksregierung Münster teilgenommen habe, welches durch Frau Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen initiiert und durch Frau Regierungspräsidentin Dorothee Feller ausgerichtet worden sei. Ziel dieses Gesprächsaustausches sei es gewesen, Sachstandsmeldungen an die Kommunen weiterzugeben. Auch sei u.a. das Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 und seine weitere Entwicklung, die Umsetzung der 2. Tranche des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes, die Modernisierung des nordrhein-westfälischen Bauordnungsrechts, der aktuelle Stand der Städtebauförderung und die Vereinfachung von Förderrichtlinien für den öffentlich-geförderten Wohnungsbau zum Thema gemacht worden.

Bürgermeister Gottheil ergänzt, dass am 05. Oktober 2017 die Maßnahmen des „IKEK“ durch die Rosendahler Politik beschlossen worden sei. Hierzu führt er aus, dass es zurzeit keine konkreten Förderprogramme des Landes NRW bezüglich der Förderung von Maßnahmen aus dem „IKEK“ vorhanden seien und hierzu vor dem Hintergrund der erforderlichen Co-Finanzierung aus Bundesmitteln eine Zusammenarbeit mit dem zuständigen Bundesministerium erforderlich sei. Erst für die zweite Jahreshälfte sei mit konkreten Förderbestimmungen, dieses noch dazu im Fall des Zustandekommens der Großen Koalition in Berlin, zu rechnen.

4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen

Allgemeine Vertreterin Roters berichtet über die Durchführung der Beschlüsse aus der öffentlichen Sitzung des Rates vom 01. Februar 2018.

Der Bericht wird ohne Wortmeldung zur Kenntnis genommen.

5 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift gemäß § 24 Abs. 5 GeschO

Bürgermeister Gottheil fragt, ob es Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Rates am 01. Februar 2018 gibt.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Die öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Rates RAT/IX/35 am 01. Februar 2018 wird hiermit genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6 Antrag der WIR-Fraktion vom 05.02.2018 auf Erörterung der konzeptionellen Arbeit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Rosendahl
Vorlage: IX/609

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/609 und gibt Erläuterungen.

Fraktionsvorsitzender Mensing führt aus, dass es Ansinnen des Antrags sei, die Offene Kinder- und Jugendarbeit Rosendahl wieder in den Blickpunkt der politischen Gremien zu rücken. Im OT Darfeld seien aufgrund der Einrichtung einer 4. Kindergartengruppe im Kath. St. Nikolaus-Kindergarten und im OT Holtwick aufgrund Renovierungen keine Räumlichkeiten für die Offene Kinder- und Jugendarbeit Rosendahl vorhanden. Er ergänzt, dass sich der Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss der Gemeinde Rosendahl vor der Sommerpause mit der eigentlichen inhaltlichen Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit und der Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten an die Offene Kinder- und Jugendarbeit Rosendahl beschäftigen solle.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass Detailberatungen zur Kinder- und Jugendarbeit in Rosendahl in dem Fachausschuss behandelt werden sollen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der WIR-Fraktion wird zur weiteren Beratung an den Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7 Antrag der WIR-Fraktion vom 05.02.2018 zur Entwicklung des gemeindlichen Anlagevermögens
Vorlage: IX/611

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/611 und gibt Erläuterungen.

Fraktionsvorsitzender Mensing teilt mit, dass bei den Beratungen zum Haushalt 2017 in der Fraktion aufgefallen sei, dass bei dem Anlagevermögen eine Differenz zwischen Abschreibungen und Restbuchwerten vorhanden sei. Er führt exemplarisch für die Sebastian-Grundschule im OT Osterwick an, dass der Altbau aus dem Jahr 1911 stamme und die Restnutzung bis 2020 laufe. Er ergänzt, dass Erweiterungen der Grundschule in den Jahren 1954, 1976, 1978 und 2007 vorgenommen worden seien und die Restnutzungsdauer bis 2087 festgelegt worden sei. Er gehe davon aus, dass zu einem erheblich früheren Zeitpunkt ein Neubau der Grundschule erfolgen müsse und somit Sonderabschreibungen bezüglich der jetzigen Liegenschaft entstehen könnten. Er könne verstehen, dass mit einer Abschreibungsdauer von 80 Jahren gerechnet werde, um die Abschreibungsbeträge gering zu halten, trotzdem sollen die gemeindlichen Gebäude genau untersucht werden, damit eine Langfristigkeit und Übersicht über notwendige Maßnahmen gegeben sei, auch in Bezug auf die Abschreibungsdauern. Aus diesen Gründen solle der Antrag zur weiteren Beratung und Erörterung an den Haupt- und Finanzausschuss der Gemeinde Rosendahl verwiesen werden.

Ratsmitglied Branse erklärt, dass er es gut finde, dass von Seiten der WIR-Fraktion dieser Antrag gestellt worden sei. Er empfinde es als positiv, dass in diesem Rahmen alle gemeindlichen Gebäude einer genauen Betrachtung unterzogen werden sollen.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass sich zurzeit die Gemeindeprüfungsanstalt in der Verwaltung befinde und erste Berichtsentwürfe vorlägen. Auch hierin werde teilweise zur Situation des Anlagevermögens ausgeführt. Die Erkenntnisse aus der Berichtsvorstellung im Rechnungsprüfungsausschuss könnten im weiteren Beratungsgang zum in Rede stehenden WIR-Antrag Berücksichtigung finden.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der WIR-Fraktion wird zur weiteren Beratung an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8 Antrag der WIR-Fraktion vom 05.02.2018 auf Erstellung eines Bewirtschaftungskonzeptes zur Erneuerung der Trinkwasserversorgung
Vorlage: IX/610**

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/610 und gibt Erläuterungen.

Fraktionsvorsitzender Mensing führt aus, dass es der WIR-Fraktion um die Trinkwasserversorgungsanlage der Gemeinde Rosendahl gehe. Diese Thematik sei auch schon zu Zeiten von Kämmerer Isfort im Rat der Gemeinde Rosendahl behandelt worden. Er ergänzt, dass die Anlagen wohl zukünftig erneuert werden müssen und hierfür hohe Kosten zu erwarten seien, da wohl Materialermüdungen bei den Leitungen zu erwarten seien. Aus diesem Grunde solle eine frühzeitige Betrachtung erfolgen, um Materialermüdungen und damit verbundene hohe Kosten möglichst zu vermeiden.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der WIR-Fraktion wird zur weiteren Beratung an den Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9 Antrag des Reit- und Fahrvereins Darfeld e.V. vom 06.10.2017 auf eine grundlegende Renovierung der Reithalle im OT Darfeld
Vorlage: IX/596**

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/596 und gibt Erläuterungen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

1. Der Reit- und Fahrverein Darfeld erhält einen einmaligen Zuschuss für die Sanierung der Reithalle Darfeld lt. Antragsschreiben vom 06.10.2017 in Höhe von 30.000 €.
2. Entsprechende finanzielle Mittel werden mit dem Haushalt 2018 für das Haushaltsjahr 2018 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10 Gewährung eines Zuschusses an die Kath. Kirchengemeinde Ss. Fabian und Sebastian Rosendahl für die Einrichtung einer 4. Kindergartengruppe im Kath. St. Nikolaus-Kindergarten Darfeld zur Betreuung von Kindern im Alter von 3 bis 6 Jahren
Vorlage: IX/599**

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/599 und gibt Erläuterungen, verweist auf die zusätzlichen Kosten für die Anbringung einer Schallschutzdecke und ergänzt, dass sich der Gesamtzuschussbetrag nunmehr auf 100.000 € belaufe.

Ratsmitglied Branse äußert die Bedenken, dass sich die katholische Kirchengemeinde Ss. Fabian und Sebastian Rosendahl zukünftig aus der Trägerschaft herausziehen könne. Er möchte wissen, ob es eine beständige Zusage der katholischen Kirchengemeinde zu der Trägerschaft gebe.

Bürgermeister Gottheil führt aus, es im OT Darfeld eine deutliche Überlegung im Kath. St. Nikolaus-Kindergarten gebe und er davon ausgehe, dass mittelfristig ein Betreuungsbedarf bestehen bleiben werde. Er ergänzt, dass keine zeitlich unbefristete Trägerschaftserklärung oder eine selbige für einen langen Zeitraum abgegeben und noch keine Zweckbindungsfrist vereinbart worden sei. Er sei dankbar, dass sich die katholische Kirchengemeinde Ss. Fabian und Sebastian Rosendahl bereit erklärt habe, auch die künftige vierte Kindergartengruppe in Trägerschaft zu übernehmen und somit die Gemeinde Rosendahl in einer guten Position sei, da andere Kommunen kaum noch einen Träger für Kindergärten finden.

Ratsmitglied Branse sieht eine Wirtschaftlichkeit nicht unbedingt gegeben und führt als Beispiel die durch einen Investor neu zu erstellende Kindertagesstätte im OT Holtwick an. Er sehe es als unumgänglich an, dass von Seiten der katholische Kirchengemeinde Ss. Fabian und Sebastian Rosendahl eine Erklärung zur Trägerschaft abgegeben werden müsse, um eine Absicherung der investierten Mittel zu erreichen.

Bürgermeister Gottheil entgegnet, dass es gut für die Gemeinde Rosendahl sei, dass die katholische Kirchengemeinde Ss. Fabian und Sebastian Rosendahl bereit sei, die Trägerschaft zu übernehmen. Andernfalls müsse die Gemeinde Rosendahl mit entsprechendem Aufwand selber eine Kindertagesstätte erstellen. Aus diesem Grund sei eine Wirtschaftlichkeit gegeben. Er stimme Ratsmitglied Branse durchaus darin zu, dass eine Absicherung erfolgen solle und ergänzt, dass der Architekt umgehend damit beginnen werde, die Planungen der vierten Kindergartengruppe im Kath. St. Nikolaus-Kindergarten einzuleiten.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

1. Die Notwendigkeit der Gewährung eines Zuschusses für die Einrichtung einer 4. Kindergartengruppe im Dachgeschoss des Kath. St. Nikolaus-Kindergartens Darfeld zur Betreuung von Kindern im Alter von 3 bis 6 Jahren wird anerkannt.
2. Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 € (Umbaukosten 70.000 €; Einrichtungskosten 30.000 €) werden über die Änderungsliste in den Haushalt 2018 eingestellt.
3. Für die weiteren Zusatzplätze wird analog der bisherigen Vereinbarung mit der Katholischen Kirchengemeinde Ss. Fabian und Sebastian Rosendahl auch der gesamte Trägeranteil der Betriebskosten übernommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11 Gewährung eines Zuschusses an den DRK-Ortsverein Rosendahl e.V. für den Anbau des DRK-Familienzentrums "Fidus" im Ortsteil Osterwick zur Betreuung von Kindern über 3 Jahren
Vorlage: IX/612**

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/612 und gibt Erläuterungen.

Ratsmitglied Branse teilt mit, dass sich das Gebäude des Familienzentrums in Besitz des DRK-Ortsverein Rosendahl befinde und mittlerweile Räumlichkeiten für eine fünfte Gruppe geschaffen werden sollen. Er möchte wissen, ob eine Bindungsfrist vorliege und ob die Vorhaltung an Kindergartenplätzen auf die Zukunft ausgerichtet sei.

Kämmerin Nürnberg führt aus, dass für den Ausbau der U3-Betreuung eine Bindefristvereinbarung über 20 Jahre abgeschlossen worden sei und hiervon auch bei dem neuerlichen Ausbau ausgegangen werde.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

1. Die Notwendigkeit der Gewährung eines Zuschusses an den DRK-Ortsverband Rosendahl für den eingruppigen Anbau des DRK-Familienzentrums „Fidus“ im Ortsteil Osterwick zur Betreuung von Kindern über 3 Jahren wird anerkannt.
2. Die Gemeinde erklärt sich zur Übernahme eines Kostenanteils von 10% an den Baukosten (30.000 €) sowie zur Finanzierung der Einrichtungskosten (30.000 €) bereit. Entsprechende Mittel werden über die Änderungsliste in den Haushalt 2018 eingestellt. Die Mittel sind für den jeweils angegebenen Verwendungszweck wechselseitig einsetzbar.
3. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt erst im Haushaltsjahr 2019. Im Haushalt 2018 wird zur Absicherung einer entsprechenden Zusicherung an den Träger der Kindertageseinrichtung eine Verpflichtungsermächtigung in der Zuschusshöhe zu Lasten des Haushalts 2019 ausgewiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12 Verbesserung der Raumsituation der Offenen Ganztagschule (OGS) an der Grundschule im OT Holtwick
Vorlage: IX/605

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/605 und gibt Erläuterungen.

Ratsmitglied Branse teilt mit, dass auch an der Antonius-Grundschule im OT Darfeld Überbelegungen vorhanden seien und er sich wundere, dass nur an der Grundschule im OT Holtwick erweitert werden solle. Er möchte wissen, ob wirklich alle Möglichkeiten im vorhandenen Gebäudebestand in Holtwick für eine OGS-Nutzung überprüft worden seien. Er werde sich bzgl. der Erweiterung der Grundschule im OT Holtwick der Stimme enthalten.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

1. Der Gemeinderat beschließt, für den Erwerb und die Aufstellung eines Pavillon für die Betreuungsangebote „8 bis 1“ und „OGS“ an der Grundschule im OT Holtwick insgesamt Mittel in Höhe von 70.000 € sowie für die Inneneinrichtung in Höhe von 5.000 € in den Haushalt 2018 einzustellen.
2. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der Maßnahme möglichst bis zum Beginn des Schuljahres 2018/19 beauftragt.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

13 Beitritt zum ÖrV-Verbund citeq Münster
Vorlage: IX/598

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/598 und gibt Erläuterungen.

Ratsmitglied Branse teilt mit, dass durch die Firma „Microsoft“ hohe Lizenzgebühren verlangt würden und möchte wissen, wie die citeq zu Lizenzgebühren stehe und ob eventuell durch den Beitritt Kosten eingespart werden können. Er halte den Beitritt zum ÖrV-Bund citeq Münster für eine gute Sache.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass wegen der Lizenzgebühren Informationen eingeholt werden müssten und er davon ausgehe, dass der Beitritt zum ÖrV-Verbund citeq Münster selbst bei Nutzung von „Microsoft“-Produkten vor dem Hintergrund großer Bestellzahlen finanzielle Vorteile für die Gemeinde Rosendahl bringen werde.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Der Rat stimmt einem Beitritt der Gemeinde Rosendahl zur citeq Münster zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu und beauftragt die Verwaltung, eine entsprechende Öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach dem in der Anlage zur SV IX/598 beigefügten Muster abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**14 Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan für das Jahr 2018
Vorlage: IX/604**

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Vorberatungen in den Fachausschüssen, der Anwesenheit von ihm und Kämmerin Nürnberg in den Haushaltsberatungen der einzelnen gemeindlichen Fraktionen und die abschließende Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss (HFA) am 21. Februar 2018. Des Weiteren weist Bürgermeister Gottheil auf die 3. Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2018 (Stand: 01.03.2018) hin, die den Ratsmitgliedern als Tischvorlage ausgehändigt und dem Protokoll als **Anlage I** beigefügt werde. Ebenfalls als Tischvorlage liegt den Ratsmitgliedern die aktualisierte Haushaltssatzung 2018 sowie der aktualisierte Gesamtergebnis- und –finanzplan 2018 vor, die dem Protokoll als **Anlage II und III** beigefügt werde. In der 3. Änderungsliste sind die sich aus dem Haupt- und Finanzausschuss vom 21. Februar 2018 ergebenden Änderungen eingearbeitet worden.

Bürgermeister Gottheil bittet anschließend, mit dem Hinweis auf die sich aus den Fraktionsgrößen ableitende Reihenfolge, zunächst den Fraktionsvorsitzenden Steindorf (CDU) seine Haushaltsrede zu halten. Es folgen die Reden des Fraktionsvorsitzenden Mensing (WIR) und des Fraktionsvorsitzenden Kreuzfeldt (SPD) sowie des Fraktionsvorsitzenden Weber (Bündnis 90/Grüne). Die Haushaltsreden sind als **Anlagen IV - VII** dem Protokoll beigefügt.

Ratsmitglied Söller verlässt von 20.09 – 20.10 Uhr die Sitzung.

Ratsfrau Kreuzfeldt verlässt von 20.38 – 20.41 Uhr die Sitzung.

Ratsmitglied Branse verlässt von 20.40 – 20.42 Uhr die Sitzung.

Analog zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss wird eine getrennte Abstimmung über den Beschlussvorschlag vorgenommen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

1. Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2018 mit ihren weiteren Bestandteilen und Anlagen wird unter Berücksichtigung der sich im Beratungsgang ergebenden Anpassungserfordernisse und Änderungsbeschlüsse, die in einer Änderungsliste Nr. 3 zusammengefasst sind, beschlossen. Die Änderungsliste Nr. 3 wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

2. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018 wird in der Weise beschlossen, dass der mit dem Haushaltsentwurf 2018 vorgelegte Stellenplanentwurf 2018 insoweit modifiziert wird, dass die zunächst enthaltene A 8-Stelle als A 9-Stelle (mittlerer Dienst) und zusätzlich eine E 10-Stelle für die EDV-Administration und die Koordination und Betreuung edv-technisch basierter Organisationsprozesse ausgewiesen wird. Allen übrigen Festsetzungen des Stellenplanentwurfs 2018 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15 Mitteilungen

15.1 Aktualisierung des Ortsrechts der Gemeinde Rosendahl - Bürgermeister Gottheil

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass eine Aktualisierung des kompletten Ortsrechts der Gemeinde Rosendahl erfolgt sei und für jedes Ratsmitglied eine Sammlung zur Mitnahme vorhanden sei. Anschließend sind die Ortsrechtssammlungen an die Ratsmitglieder verteilt worden.

16 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (2. Teil)

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

Gottheil
Bürgermeister

Marco Heitz
Schriftführer